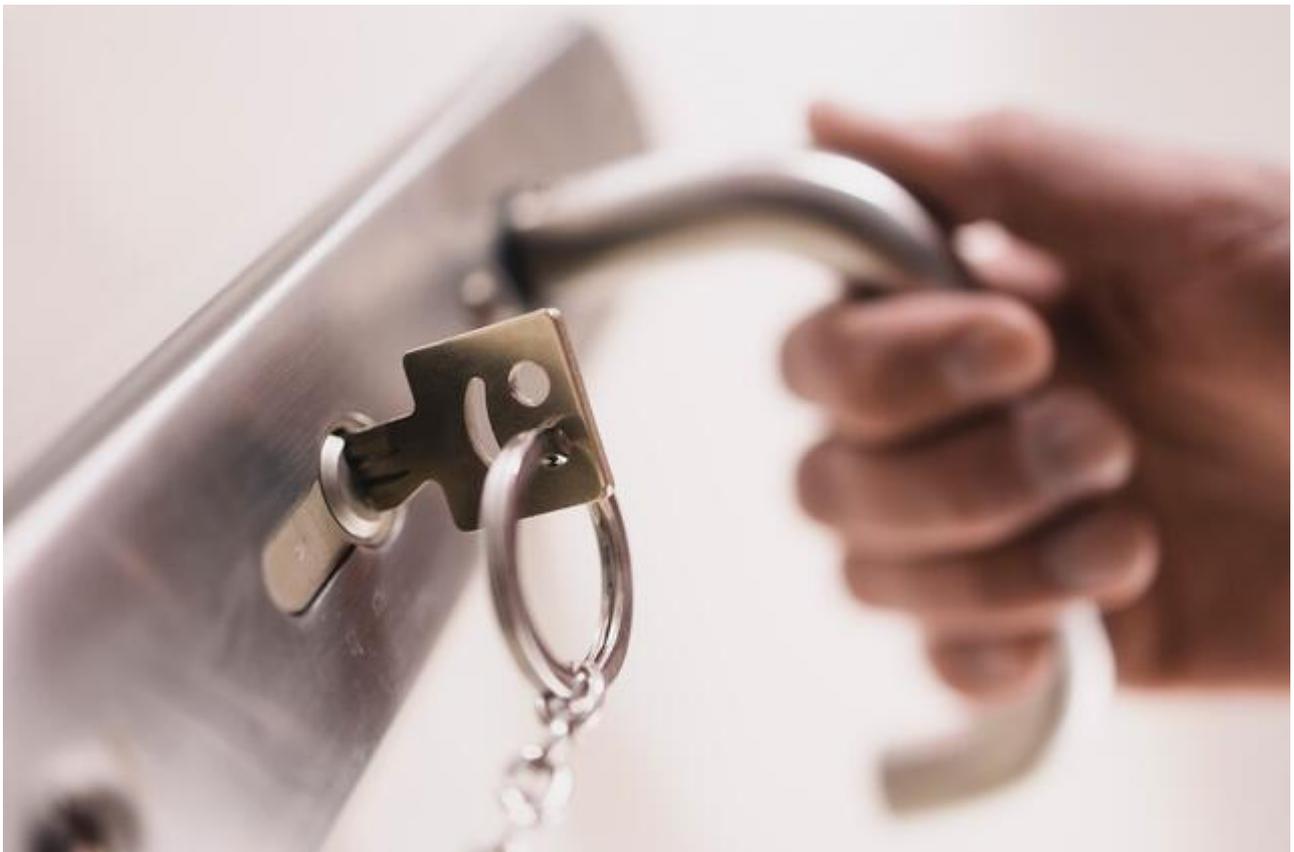




## Bilanz für das Baujahr 2022 – Bau-Gewerkschaft fordert „Booster für den Neubau“



**Neue Wohnung, neuer Schlüssel. Doch in diesem Jahr könnte es in Duisburg weniger neue Wohnungsschlüssel geben. Die IG BAU warnt: „Bauprojekte werden auf Eis gelegt.“ Die Bau-Gewerkschaft fordert deshalb einen „Booster für den Neubau“. Der Staat müsse vor allem den Bau von bezahlbaren Wohnungen und von Sozialwohnungen stärker fördern. Außerdem müsse es ein „schlankeres Baugesetzbuch“ geben – also weniger Vorschriften und Auflagen.**

**Foto: IG BAU | Tobias Seifert**

### ***Duisburg baut 742 neue Wohnungen***

Neues Wohnen in Duisburg: Im vergangenen Jahr wurden in Duisburg insgesamt 742 Wohnungen neu gebaut – darunter 88 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das sind 150 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Ein- und Zweifamilienhäuser, Reihen- und Mehrfamilienhäuser: Insgesamt investierten die Bauherren im vergangenen Jahr in Duisburg rund 107 Millionen Euro für den Wohnungsneubau. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mit. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein beruft sich dabei auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Für das laufende Baujahr warnt die IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau vor einem Abwärtstrend: „Bauvorhaben werden auf Eis gelegt. Denn hohe Baukosten treffen auf hohe Zinsen und hohe Hürden beim Bauen durch staatliche Auflagen und Vorschriften. Das ist ein toxischer Mix für den Wohnungsbau.“ Die Kaufpreise beim Neubau seien längst „aus den Fugen geraten“ und die Mieten „klettern enorm nach oben“ – vor allem bei neu gebauten Wohnungen.

Entscheidend sei jetzt, was gebaut werde: „Die Wohnungen müssen zur Lohntüte der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen“, sagt die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein, Karina Pfau.



# Pressespiegel

Ausgabe: 31.05.2023



Gebraucht werde jetzt ein „Booster für den Neubau“ von sozialen und bezahlbaren Wohnungen. Pfau appelliert an die heimischen Bundestagsabgeordneten, sich in Berlin für ein „massives Aufstocken der Fördergelder“ stark zu machen. Aber auch das Land Nordrhein-Westfalen sei mehr gefordert.

„Für mehr Sozialwohnungen und für mehr bezahlbare Wohnungen muss der Staat – müssen Bund und Länder – bis 2025 mindestens 72 Milliarden Euro in die Hand nehmen“, sagt Karina Pfau. Die Gewerkschafterin beruft sich dabei auf Berechnungen von zwei Wohnungsbau-Studien, die die IG BAU beim Pestel-Institut (Hannover) und beim Bauforschungsinstitut ARGE (Kiel) mit in Auftrag gegeben hat.

Konkret werde ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau benötigt. „Nur dann kann es noch klappen, bundesweit 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen“, so die IG BAU-Bezirkschefin. Zusätzlich seien 22 Milliarden Euro für den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen dringend erforderlich. Davon profitiere schließlich auch Duisburg.

Außerdem drängt die IG BAU auf ein „schlankeres Baugesetzbuch“: „Es geht um das Durchforsten von Gesetzen, Verordnungen und Normen, auf das die Branche seit Jahren wartet. Das muss jetzt passieren – und nicht irgendwann im nächsten Jahr“, fordert Pfau.

Lokalkompass.de

## Mehr Wohnungen auf dem Markt

Im Kreis Kleve stieg die Zahl der neuen Immobilien um 12,3 Prozent

**Kreis Kleve.** Im Kreis Kleve wurden im vergangenen Jahr 118 Wohnungen mehr errichtet als 2021. Insgesamt kamen 1078 neuen Wohnungen auf den Markt - darunter 358 Ein- und Zweifamilienhäuser. Nach Angaben der Gewerkschaft IG Bau wurden 160,1 Millionen Euro investiert. Die Zahlen stammen vom Statistischen Bundesamt. Das Wachstum auf dem Wohnungsmarkt beträgt damit 12,3 Prozent.

Die Bezirksvorsitzende der IG Bau, Karina Pfau, warnt allerdings vor einem Abwärtstrend: „Bauvorhaben werden auf Eis gelegt. Denn hohe Baukosten treffen auf hohe Zinsen und hohe Hürden beim Bauen durch staatliche Auflagen



und Vorschriften. Das ist ein toxischer Mix für den Wohnungsbau.“ Die Kaufpreise beim Neubau seien längst „aus den Fugen geraten“ und

die Mieten „klettern enorm nach oben“ – vor allem bei neu gebauten Wohnungen.

Pfau fordert Sozialwohnungen: „Gebraucht werde jetzt ein „Booster für den Neubau“ von sozialen und bezahlbaren Wohnungen. „Für mehr Sozialwohnungen und für mehr bezahlbare Wohnungen muss der Staat – müssen Bund und Länder – bis 2025 mindestens 72 Milliarden Euro in die Hand nehmen.“

Konkret werde ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau benötigt. „Nur dann kann es noch klappen, bundesweit 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen“, so die IG BAU-Bezirkschefin.